

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 5. April 2017

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 31.3.2017

Neue Mitte-Rechts-Koalition aus SPD, BfM und CDU verabschiedet Haushalt – Hunderte demonstrieren gegen Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich

Traditionell findet im Stadtparlament anlässlich der jährlichen Verabschiedung des städtischen Haushalts eine politische Generaldebatte statt. Diese fiel am vergangenen Freitag besonders heftig aus. Aus Sicht der Marburger Linken leitet der Beschluss über den Haushalt 2017 nicht weniger als eine „politische Zeitenwende“ ein, nachdem unsere Stadt 19 Jahre durch eine SPD-Grünen-Regierung geführt worden war. Die SPD und ihr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies setzen zukünftig auf eine Kooperation mit BfM und CDU. Das erste Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist ein Kürzungshaushalt für 2017, der u.a. Streichungen im Sozial- und Kulturbereich sowie beim Klimaschutz vorsieht. Ein vermeintlich strukturelles Haushaltsdefizit muss zur Legitimation erhalten. Auch eine Protestkundgebung von mehreren hundert Marburger/innen konnte die SPD nicht von ihrem Rechtsschwenk abhalten.

In der Haushaltsdebatte gingen wir mit dem neuen Kurs scharf ins Gericht. Die Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich beschädigen die städtische Infrastruktur und tragen kaum zur Verbesserung des Haushalts bei. Auch die neue große Koalition geht vor den Interessen der Großunternehmen in Gestalt der Pharmariesen und der DVAG in die Knie, statt, wie von uns gefordert, durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Das viel beschworene Argument, Arbeitsplätze könnten verloren gehen, überzeugt uns nicht; nicht nur weil die Unternehmen selbst darauf verweisen, dass der „Standort“ Marburg nicht in erster Linie aufgrund niedriger Steuern, sondern wegen der guten sozialen und kulturellen Infrastruktur attraktiv sei. Schließlich wählen viele hochqualifizierte Arbeitskräfte Marburg deshalb als Arbeits- und Wohnort.

Das Niveau der Debatte war nicht immer hoch. Der ehemalige CDU-OB-Kandidat Dirk Bamberger behauptete, die Marburger Linke könne nicht rechnen. Dabei hatten wir detailliert nachgewiesen, dass die Argumente für eine niedrige Gewerbesteuer allesamt an den Haaren herbeigezogen sind. Deshalb kann man die Behauptung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Matthias Simon, unsere Positionen seien „populistisch“, nur als hilflos bezeichnen. Die Redner/innen von SPD, CDU und Bürgern für Marburg (BfM) waren offensichtlich schwer davon getroffen, dass nicht alle Einschüchterungsversuche des Oberbürgermeisters Spies im Vorfeld gegenüber den von der Sparpolitik der Stadt betroffenen Kultur- und Sozialinitiativen erfolgreich gewesen waren, und sich mehrere hundert Menschen auf dem Marburger Marktplatz versammelt hatten. Die CDU konnte es nicht lassen, uns „Klientelpolitik“ und „Empörungsfolklore“ zu unterstellen. In einer Endlosschleife wurde uns von den kommenden Koalitionären ein angeblich mangelnde Wille zur Verantwortung und „fehlender Realismus“ vorgeworfen.

Neben den Kürzungen im Bereich der Sozial und Kulturpolitik, stehen auch ökologisch sinnvolle Projekte vor dem Aus. So sparen die künftigen Koalitionäre die Stelle einer Klimabeauftragten ein. Der Radwegebau wurde radikal zusammengestrichen. Daneben drohen neue Parkhäuser und eine einseitige Förderung des motorisierten Individualverkehrs, wie es der neue Bürgermeister in spe, der Fraktionsvorsitzende der Marburger CDU Wieland Stötzel, bereits angekündigt.

Die Marburger Sozialdemokratie wird sich fragen lassen müssen, wie sie es so weit kommen lassen konnte. Zwar feierte sie den verabschiedeten Haushalt als „mutigen Schritt“, der die bestehenden Infrastrukturen nicht in Frage stellen würde. Doch die Einsparungen treffen all jene Projekte in der Stadt, die auf unterster Ebene der Stadtgesellschaft mit geringen finanziellen Mitteln soziale Ungleichheit erfolgreich bekämpfen können. Wie Hausaufgabenbetreuungen, die nun nicht aufrechterhalten werden können. Oder aber die Arbeit der Musikschule oder der Kunstwerkstatt, die bisher auch Kindern und Jugendlichen aus bildungsferneren und ärmeren Haushalten Zugang zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen konnten.

Die SPD -Stadtverordnete Sonja Sell bemühte gar Karl Marx' Metapher vom Kapital als scheues Reh um diese Kürzungspolitik zugunsten der Unternehmensgewinne zu rechtfertigen. Um es sich mit der Marburger Geschäftswelt nicht zu verderben, wird eine Politik auf Kosten der sozial abgehängten Marburger/innen betrieben und die Stadtpolitik in die Hände der rechtskonservativen CDU samt ihren wirtschaftsliberalen Renditejägern der BfM gelegt. Ein, im wahrsten Sinne des Wortes, „schwarzer“ Tag für die Stadt Marburg.

Eine gute Nachricht ist noch zu vermelden. Auf unseren Antrag hin und mit den Stimmen von SPD und Grünen, bei Gegenstimmen der CDU, hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Stadtverwaltung aufzufordern, alle rechtlichen Spielräume zu nutzen, um Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern. Zudem fordern die Stadtverordneten die Ausländerbehörde der Universitätsstadt Marburg sowie die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) beim Regierungspräsidium Gießen auf, keine Abschiebungen in das Kriegsgebiet Afghanistan anzuordnen und appellieren an das Land Hessen, Abschiebungen von Menschen afghanischer Herkunft auszusetzen und sich nicht an den Sammelabschiebungen des Bundes zu beteiligen. Am Abstimmungsverhalten zeigt sich, dass es doch möglich ist, die Mitte-Rechts-Koalition in Verlegenheit zu bringen. Daran werden wir mit konstruktiver aber deutlicher linker Oppositionspolitik weiter anknüpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Eure Fraktion der Marburger Linken

Jan Schalauske

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr

Roland Böhm

Henning Köster-Sollwedel

Elisabeth Kula

Jonathan Schwarz

Inge Sturm